

Lüneburg, den 07.07.2006

An
die Mitglieder des Senats
sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter

nachrichtlich:
Hochschulöffentlichkeit

die Mitglieder des Präsidiums
die Dekane I – III
die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte
die Vertreterin des Gesamtpersonalrats

im Hause

**Protokoll der 3. Sitzung des 1. Senats der Universität Lüneburg
im Sommersemester 2006 am Mittwoch, 05.07.2006,
Campus Scharnhorststr., 15.00 Uhr, Mensa (ab 18.10 Uhr Senatssaal)**

Zur Sitzung war eingeladen worden mit Schreiben vom 28.06.2006.

Vorsitz:	Präsident	Beginn:	15.10 Uhr
Protokoll:	Meyer	Ende:	19.20 Uhr

Als Senatsmitglieder waren anwesend:

Professorengruppe	Mitarbeitergruppe	MTV-Gruppe	Studierendengruppe
Bonin	Landwehr	Heuser	Grothues
Döring	Viere	Steffen	Heybl
Garbe	Wuggenig	Wedi-Pumpe	Lippold
Henschel			
Nitsche			
Schleich			
Stix			
Stoltenberg			
Wagner			
Weihe			

entschuldigt:

ferner anwesend: - Vizepräsidentin Remdisch, Vizepräsidenten Degenhart, Keller, Müller-Rommel, Schaltegger, Dekane Colla, Hadeler, Kahle (bis 17.15 Uhr), Personalratsvertreterin Viehweger, Frauenbeauftragte Dudeck

Gäste: Hochschulöffentlichkeit

TOP 1 REGULARIEN

1.1 **Arbeitsfähigkeit**

Der Präsident begrüßt die anwesenden ordentlichen und beratenden Mitglieder des Senats sowie die zahlreich anwesende Hochschulöffentlichkeit. Er stellt das ordnungsgemäße Zustandekommen der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest und eröffnet die Sitzung.

1.2 **Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird wie folgt beschlossen:

1. Regularien
 2. Protokoll der Sitzung am 31.05.2006
 3. Mitteilungen
 4. Anfragen
 5. Richtungentscheidung des Senats zur Neuausrichtung der Universität Lüneburg
 - a) hochschulöffentlicher Teil
 - b) nicht hochschulöffentlicher Teil
 6. Verschiedenes
- einstimmig**

TOP 2 PROTOKOLL DER SITZUNG AM 31.05.06.06

Das Protokoll der Sitzung am 31.05.06 wird ohne Änderungen genehmigt.
einstimmig

TOP 3 MITTEILUNGEN

3.1

Ein **2. Nachtrag zur Zielvereinbarung** 2005/06 wurde jetzt durch beide Vertragsparteien unterzeichnet. Im Nachtrag ist festgeschrieben, dass die Bachelor-Studiengänge „Kulturwissenschaften“, „Bauingenieurwesen“ und „Wasser- und Bodenmanagement“ zum WS 06/07 nicht eingeführt werden und stattdessen nochmals in die bestehenden Magister- bzw. Diplomstudiengänge aufgenommen wird. Im Bereich der Lehrerbildung wird der Bachelorstudiengang wie geplant eingeführt, da hier die Umstellung auf die gestufte Struktur im Rahmen eines niedersächsischen Verbundprojektes erfolgt. Der Zielvereinbarungsnachtrag steht im Intranet zur Verfügung (<http://zv.uni-lueneburg.de/sites/org/dez3.htm>).

3.2

Der Stiftungsrat hat auf seiner Sitzung am 23.06.06 noch keine Entscheidung über die **"Satzung zur Verwendung übernommener Professorinnen und Professoren"** getroffen. In der Sitzung mit dem Beirat waren durch die Vertreterin der Professorengruppe nochmals Bedenken gegen einzelne Regelungen formuliert worden. Der Stiftungsrat hat daraufhin das Wissenschaftsministerium gebeten, die vorgetragenen Einwände zu prüfen. Eine endgültige Entscheidung über die Überleitungsregelungen will der Stiftungsrat auf seiner Oktober-Sitzung treffen.

3.4

Präsidium und Dekane haben sich in ihrer Sitzung am 05.07.06 darauf verständigt, zur Beschäftigung von **Seniorprofessorinnen und Seniorprofessoren** zeitnah eine Richtlinie zu erarbeiten. Grundsätzlich sollen Seniorprofessuren nur in Ausnahmefällen geschaffen werden, Präsidium und Dekane räumen der Förderung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Priorität ein.

3.5

Für eine einjährige Amtszeit ab dem 01.10.06 müssen für den **Hochschulwahlausschuss** vier neue studentische Mitglieder benannt werden. Die Studierendengruppe wird gebeten, in der nächsten Sitzung oder schriftlich Mitglieder und Stellvertreter zu benennen.

3.6

Auf Vorschlag des Fakultätsrats I haben die studentischen Senatsmitglieder folgende Vertreterinnen und Vertreter für die **fakultätsübergreifende Kommission für die Lehramtstudiengänge** benannt: Dennis Möller, Anna Kohls, Astrid Teske

3.7

Für das Projekt HyperImage – Bildorientierte e-Science-Netzwerke wurden Herrn Dr. Warnke durch das BMBF für eine dreijährige Laufzeit Mittel im Umfang von 440.000 Euro bewilligt.

TOP 4

ANFRAGEN

Es liegt folgende Anfrage der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor:

„Im Rahmen des sog. „Innovationsinkubators“ ist vorgesehen, dass Projekte entwickelt und Projektförderungen beantragt werden, wobei diese Anträge intern bzw. extern evaluiert werden sollen. Was die Berechtigung betrifft, solche Anträge zu stellen, wurden bisher unterschiedliche Aussagen getätigt. So hieß es einmal, berechtigt seien alle Wissenschaftler/innen der Universität Lüneburg, sofern Sie über eine Promotion verfügen und unbefristet an der Universität beschäftigt seien. Dann wurde wiederum mitgeteilt, es seien generell nur Professoren und Professorinnen antragsberechtigt, ganz unabhängig von deren akademischer Qualifikation, ob sie z. B. promoviert sind oder nicht. Die Gruppe der wiss. Mitarbeiterinnen, die z. B. auch eine Reihe von Habilitierten und von Leitern von zentralen Einrichtungen, Instituten und Forschungseinheiten umfasst, die in der Vergangenheit selbstständig große Summen an Drittmitteln eingeworben haben, fragt angesichts zahlreicher Nachfragen von wiss. Mitarbeiter/innen an, welche Regelung das Präsidium in dieser Frage letztlich zu treffen gedenkt.“

Der Präsident beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Frage der Antragsberechtigung wurde in der AG Innovationsinkubator noch nicht abschließend entschieden. Die AG schlägt vor, die drei Senatsvertreter der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen zu ihrer nächsten Sitzung einzuladen, um gemeinsam die sehr heterogen besetzte Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Hinblick auf die Berechtigungen zur Antragstellung zu sichten und gemeinsam zu einer akzeptablen Lösung zu gelangen.

Die drei Senatsmitglieder stimmten diesem Vorschlag zu.

TOP 5

RICHTUNGSENTSCHEIDUNG DES SENATS ZUR NEUAUSRICHTUNG DER UNIVERSITÄT LÜNEBURG

A)

HOCHSCHULÖFFENTLICHER TEIL

Herr Spoun weist einleitend darauf hin, dass die derzeitige Diskussion zur Neuausrichtung nur dann mit größtmöglicher Transparenz und Offenheit geführt werden kann, wenn sie eine hochschulinterne Diskussion bleibt und nicht aus der Hochschulöffentlichkeit heraus durch Einzelne ohne Abstimmung mit der Pressestelle in die Medien getragen wird.

Infolge der Beratungen des Präsidiums mit den Dekanen und der Frauenbeauftragten am 05.07.06 wurde die am 01.07.06 versandte Entscheidungsvorlage nochmals überarbeitet und dem Senat kurzfristig zur Verfügung gestellt (Drs. Nr. 20/3 SoSe 2006). Die vorgenommen Änderungen wurden einstimmig von Präsidium, Dekanen und Frauenbeauftragter verabschiedet und beziehen sich vor allem auf die Kernelemente des Lüneburg Bachelors, aber auch auf das Graduiertenkolleg und den weiteren Prozess. Die wesentlichen Änderungen sind in der Übersicht „Inhalt und Umfang der heutigen Entscheidungsvorlage“ dargestellt, die Herr Keller ausführlich erläutert.

In der anschließenden Diskussion, an der sich am Ende auch die Hochschulöffentlichkeit beteiligt, wird festgestellt und angeregt:

Zum Universitätsmodell

- Allgemein begrüßt wird die Vorlage eines zukunftsgerichteten Gesamtkonzeptes für die Universität Lüneburg und die Entwicklung einer langfristigen Zukunftsperspektive.
- Das Strukturmodell muss zu gegebener Zeit auch in der Grundordnung verankert werden.
- Die Kernelemente des Struktur- ebenso wie des Studienmodells (College, Graduiertenkolleg, Professional School, Lüneburgsemester, Komplementärstudium) sollten mit dem Ziel, möglichst treffende und konsistente Bezeichnungen zu finden, in der Namensgebung nochmals durchdacht werden. Auch sollte der Standort Suderburg nicht ausgegrenzt werden. Im weiteren Prozess sollen die bisherigen Bezeichnungen zunächst als Arbeitstitel verwendet werden.
- Die Analysen und Konzeptionen des Präsidiums sollten stärker durch empirische Befunde illustriert werden.
- Das dem Modell zugrunde liegende Bildungsverständnis sollte breit diskutiert werden.

Zum Lüneburg Bachelor:

- Das Studienmodell muss so angelegt sein, dass es alle Fächer und Studiengänge, auch die stark berufsbezogenen Bereiche (Bsp. Ingenieurwissenschaften) zu integrieren vermag. Dies gilt insbesondere auch für die Lehrerbildung und die Sozialarbeit/Sozialpädagogik.

- Die bisherigen „Marken“ der Universität im Bereich der Studiengänge (z. B. Wirtschaftsrecht, Wirtschaftspsychologie, Kulturwissenschaften) sollten auch künftig nach außen klar erkennbar bleiben.
- Die Strukturierung in Major/Minor bzw. Major/Major bietet hervorragende Möglichkeiten für ein Teilzeitstudium; dies sollte explizit dargestellt werden.
- Die Zulassung muss so erfolgen, dass eine Überlastung einzelner Fächer vermieden wird. Zulassungsvoraussetzungen für einzelne Fächer müssen definiert und den Studienbewerbern kommuniziert werden.
- Die Frage des Wechsels von Studierenden an andere Universitäten bzw. von anderen Universitäten muss diskutiert werden. Schwerpunkt des Konzepts sind integrierte(s) Auslandssemester und Wechsel zwischen Bachelor und Master, weniger Universitätswechsel während des Bachelors.

Zum Lüneburg Semester

- Fachspezifische Inhalte möglich in einzelnen Modulen, im Rahmen der derzeitigen Planung v.a. in der funktionalen wie in der historischen Perspektive, Einschätzung der Größenordnung etwa 1/3 fachspezifisch, 2/3 überfachlich bzw. fachfremd; Organisation des Semesters nach einheitlichem Rahmen zentral; (ähnlich für Komplementärstudium).
- Der Bereich der quantitativen Methoden muss bei stärker fachbezogener Orientierung ggf. erweitert werden.
- Einzelne Begrifflichkeiten im Schaubild „Lüneburg Semester“ werden für nicht adäquat gehalten (z. B. EDV, Wissenschaftstheorie).
- Zu diskutieren: Benennung des Lüneburg-/Suderburg-Semesters.

Zum Graduiertenkolleg:

- Möglichst viele der fachlichen Richtungen im Bachelor sollten im Interesse der Nachwuchsförderung vor Ort auch in Master- und PhD-Studiengänge münden; konsekutive Master sollten der Normalfall sein.
- Für die Lehrerbildung sollte ein 2semestriger Master vorgesehen werden.
- Zu diskutieren: Vierjähriger Bachelor für die Lehrerbildung im College und integrierte Master-/Referendariatsphase innerhalb der Graduate School.
- Die Mitwirkung der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen im Graduiertenkolleg wird gewünscht und bedarf noch der Klärung.

Forschung:

- Die Forschungsschwerpunkte sollen ausgehend von einer Stärken-/Schwächenanalyse entwickelt werden.
- Um den spezifischen Fächerkulturen Rechnung zu tragen sollten ggf. mehrere Forschungsbeiräte eingerichtet werden.
- Idee und Kultur der Forschung sind breit, auch jenseits von Nützlichkeitsüberlegungen, zu diskutieren und zu verankern.

Zum bisherigen Prozess:

- Die zur Diskussion und Reflexion des Modells für die Neuausrichtung zur Verfügung stehende Zeit wird von einigen Senatsmitgliedern als zu kurz angesehen. Es hätte aus ihrer Sicht eine umfangreichere Beurteilung durchgeführt werden und bestehende Gremien und Kommissionen stärker einbezogen werden sollen. Andere betonen dagegen die Notwendigkeit, möglichst zügig eine Neuausrichtung zu initiieren, um externe Chancen für eine Verbesserung der Ressourcenbasis zu nutzen.
- Positiv hervorgehoben werden die Transparenz und die Breite des bisherigen Diskussionsprozesses und die Offenheit des Präsidiums gegenüber Kritik und seine Bereitschaft, auf Anregungen und Hinweise aus den verschiedenen Gruppen unmittelbar zu reagieren.

Zum weiteren Prozess:

- Der Prozess der Ausgestaltung des Modells muss ergebnisoffen geführt werden.
- Die Universität möge sich möglichst breit an der Ausgestaltung der Neuausrichtung, vor allem auch an der Diskussion der zugrunde liegenden Werte und des Bildungsverständnisses beteiligen.
- Die fachliche Ausgestaltung der Studienangebote ist Aufgabe der Fakultäten; sie sollen dabei die entsprechenden Kommissionen und Gremien einbeziehen. Auch auf zentraler Ebene sollen die Kommissionen in geeigneter Weise an der Ausarbeitung der Konzepte beteiligt werden.
- Für die fachliche Ausarbeitung des Studienangebots im Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik muss vor dem Hintergrund der erforderlichen staatlichen Anerkennung ebenfalls eine eigene Arbeitsgruppe gebildet werden.
- In den Arbeitsgruppen sollen alle Statusgruppen vertreten sein, auch sollten sie grundsätzlich jedem an der Mitarbeit Interessierten offen stehen.
- Die Möglichkeiten für eine Partizipation der Studierenden im Prozess der Neuausrichtung müssen verbessert werden.
- Im kommenden Wintersemester sollte wenigstens eine studentische Vollversammlung durchgeführt werden.
- Es wird eine Prozessevaluation angeregt.

- Es soll die Möglichkeit einer Rahmenakkreditierung des Studienmodells bzw. von Teilakkreditierungen geprüft werden.

Das Positionspapier des AStA zur Neuausrichtung sowie die persönliche Stellungnahme von Casper Heybl sind als Anlagen beigefügt.

Der Senat zieht sich für den nichtöffentlichen Teil dieses Tagesordnungspunktes in den Senatssaal zurück.

B)

NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Siehe vertrauliches Protokoll.

Der Senat diskutiert nach Abschluss der vertraulichen Aussprache nochmals die Beschlussvorlage zur Neuausrichtung und fasst schließlich in geheimer Abstimmung folgenden Beschluss:

„Auf der Grundlage der Senatsvorlage Nr. 20a/3 SoSe 2006, unter Berücksichtigung seiner vorangegangenen Diskussion in der Sitzung am 5. Juli 2006 und in Kenntnis der Materialien aus dem bisherigen Diskussionsprozess beschließt der Senat die grundsätzliche Umsetzung des vorgestellten Universitätsmodells mit den Elementen

- College (Arbeitstitel)
- Graduiertenkolleg (Arbeitstitel)
- Professional School (Arbeitstitel) und
- Forschungszentren

und des Studienstrukturmodells mit den Kernelementen

- Lüneburg Bachelor als Dachmarke mit verschiedenen akademischen Abschlüssen
- Major/Minor (3-jährig) und Major/Major (4-jährig)
- gemeinsames Lüneburg Semester, das fachspezifische Inhalte integriert
- gemeinsames Komplementärstudium, das fachspezifische Inhalte integriert
- Zulassungsprüfung.

Der Lüneburg Bachelor soll zum Wintersemester 2007/08 eingeführt werden.

Der Senat bittet das Präsidium, zum 15. November 2006 Vorschläge zur detaillierten Ausgestaltung des Modells in den folgenden Bereichen zu erarbeiten, wobei die Universitätsöffentlichkeit auf geeignete Weise einzubinden ist. An den Arbeitsgruppen nehmen alle Statusgruppen teil, die ihre Vertreterinnen und Vertreter selbst benennen.

- College* (Anforderungen an Major/Minor, Bezeichnung(en) Bachelor, Lüneburgsemester und Komplementärstudium)
- Überleitung bestehender Studiengänge
- Graduiertenkolleg* (Anforderungen an Master/PhD)
- Professional School*
- Lehrerbildung
- Sozialarbeit/Sozialpädagogik
- Forschung
- Verwaltungsreform
- Raumprogramm
- Finanzmodell und interne Ressourcensteuerung
- Sofortprogramm Lehre.“

14:3:2

* Arbeitstitel

TOP 6

VERSCHIEDENES

Die nächste Sitzung des Senats findet am 19.07.06, 15.00 Uhr statt. Die vorsorglich vereinbarten Sitzungstermine am 16.08. und 20.09.2006 werden nach derzeitigem Kenntnisstand nicht benötigt, sollen aber weiter reserviert bleiben. Weitere Sitzungstermine im Wintersemester 2006 (beginn i. d. R. 15.00 Uhr):

- 18. Oktober 2006,
- 15. November 2006,
- 13. Dezember 2006,
- 17. Januar 2007
- 14. Februar 2007

Herr Heybl bittet die Fakultäten nochmals, bei der Lehrveranstaltungsplanung den Gremiennachmittag zu berücksichtigen und entsprechend den Mittwochnachmittag von Lehrveranstaltungen möglichst frei zu halten.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Präsident schließt die Sitzung.

Sascha Spoun
- Vorsitz -

Claudia Meyer
- Protokoll -

Positionspapier des AStA zur Neuausrichtung der Universität Lüneburg

Der AStA der Universität Lüneburg begrüßt, dass durch das neue Präsidium ein Prozess in Gang gesetzt wurde, der die aktuelle Situation der Universität kritisch analysiert und eine verbesserte Positionierung im bundesweiten Hochschulangebot anstrebt. Die Neuausrichtung der Universität bietet die Chance, bereits jetzt herausragende Fächer und Forschungsarbeit in vielen Einzelbereichen bei einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, um so das Renommee der Universität regional und international zu entwickeln.

Herausragende Forschungsvorhaben mit internationaler Besetzung können einhergehend mit einer Mitgliedschaft in anerkannten Forschungsnetzwerken, insbesondere bei der DFG, die Position der Universität Lüneburg innerhalb der deutschen Hochschullandschaft maßgeblich stärken. Das Universitätsleben wird durch mehr ausländische Studierende bereichert, die gemeinsam mit Studierenden der Region die Universität nachhaltig und interkulturell gestalten.

In den letzten Wochen des Umbruchs und der intensiven Auseinandersetzung mit den Vorschlägen des Präsidiums wurde studentisches Engagement stets gefordert und begrüßt. Diese neue und offene Arbeitsatmosphäre und die damit verbundene deutlich gewordene Wertschätzung befürworten wir ausdrücklich.

Wir bringen dem Präsidium für die zukünftige Zusammenarbeit einen großen Vertrauensvorschuss entgegen.

In den Reihen der Studierendenschaft werden nach wie vor zahlreiche Ängste und wiederholte Kritik geäußert:

1.) Vertrauenschutz

Zum Wintersemester soll der letzte Jahrgang von Studierenden vor der Umstellung auf den „Lüneburg Bachelor“ immatrikuliert werden. Die größte Sorge aus Sicht der jetzigen StudentInnen ist, dass für die zukünftigen Erstsemester und die bereits immatrikulierten Studierenden nicht mehr angemessen Zeit vorhanden ist (Regelstudienzeit + 4 Semester) und das unzureichend Lehrangebot bereitgestellt wird. Dadurch wäre die Studierbarkeit nicht mehr gewährleistet.

2.) Mangelnde Transparenz / homogenes Studienprofil

Aufgrund widersprüchlicher Aussagen insbesondere im Hinblick auf die Studierendenzahlen und der Berücksichtigung des Profils der Universität ist der Eindruck entstanden, dass bereits sehr viel genauere Vorstellungen zur Ausgestaltung des Modells existieren, als bisher kommuniziert wurden.

Daraus resultiert z.B. die Angst vor einer streng wirtschaftlichen Ausrichtung und der Ausbildung von „stromlinienförmigen“ AbsolventInnen, welche bis jetzt nicht ausgeräumt werden konnte. Dieses Misstrauen führen wir auf mangelnde Transparenz im Arbeitsprozess zurück. Vermeintliche Zwischenergebnisse und Anregungen, die in den Prozess eingeflossen sind, waren für die Studierendenschaft nicht ausreichend zugänglich. Dadurch sind Probleme bearbeitet worden, die an anderer Stelle bereits berücksichtigt worden waren. So ist es nach wie vor schwierig am aktuellen Entwicklungsprozess teilzuhaben. Auch der immense Zeitdruck führt zu dem Problem, dass es keine Reflexionsphasen gibt. Aus Zeitmangel werden Verbesserungen und neue Ideen nicht ausreichend an die Statusgruppen der Universität Lüneburg weitergeleitet. Für weitere, tiefgreifende Diskussionen ist ein größeres Zeitfenster und mehr Diskursraum für alle Statusgruppen zu gewährleisten.

Aufgrund der schlechten Erfahrungen aus dem Fusionsprozess hat sich der Eindruck verfestigt, dass trotz studentischer Beteiligung und anders lautenden Beteuerungen die Beteiligung der Studierendenschaft lediglich aus formalen Gründen erfolgte.

Voraussetzungen / Forderungen für die zukünftige Zusammenarbeit mit dem Präsidium

- 1.) Aufgrund der oben genannten Erfahrungen sind die verbindliche Zusage zu studentischer Partizipation sowie ein verankertes Mitspracherecht bei der inhaltlichen Ausgestaltung die Voraussetzung für die Unterstützung des Modells.
- 2.) Durch die Einbeziehung größerer Teile der Studierendenschaft mit niedrig schweligen Informationsmaterialien wird der Informationsfluss verbessert und Misstrauen abgebaut.
- 3.) Im Rahmen dessen muss die bestehende Plattform (zv.uni-lueneburg.de) besser beworben werden. Auf dieser sollen sämtliche relevanten Informationen, insbesondere Termine, frühzeitig und auf einen Blick verfügbar sein.
- 4.) Die große Masse der Studierendenschaft kann nur durch eine Vollversammlung erreicht werden, in deren Zeit keine Lehrveranstaltungen angeboten werden. Diese sollte spätestens zwei Wochen vor der endgültigen Senatsentscheidung (Herbst 2006) in Zusammenarbeit mit legitimierten studentischen VertreterInnen organisiert werden. Durch diese sollen offene Bedenken der Studierendenschaft in den laufenden Diskurs eingebracht werden und in den Umgestaltungsprozess einfließen. Geäußerte Änderungswünsche sollen bei der inhaltlichen Neuausrichtung der Universität berücksichtigt werden. Als Diskussionsgrundlage muss der zur Abstimmung im Senat einzubringende Entwurf allen Studierenden zugänglich sein. Transparenz und Zugänglichkeit aller Daten sowie statusübergreifende Gesprächsrunden bilden die Grundlage für eine Zusammenarbeit auf „gleicher Augenhöhe“. Ein frühzeitiger Austausch zwischen Dozierenden, Studierenden und MitarbeiterInnen der Verwaltung fördert die gemeinschaftliche Identifikation mit der Universität und hilft, Probleme schnell und effektiv zu bearbeiten. Dies sollte vom Präsidium gefördert werden.

Der AStA begrüßt den dynamischen Prozess der Neuausrichtung der Universität Lüneburg. Für das Gelingen einer so weitreichenden Neuorientierung ist starkes Engagement der größten universitären Statusgruppe eine unabdingbare Voraussetzung. Um bereits engagierte und interessierte sowie neue Studierende auch in Zukunft für die Mitgestaltung der Universität begeistern zu können, ist die umfassende Information und Beteiligung der Studierendenschaft unumgänglich.

Der AStA ist sich sicher, dass im Hinblick auf die oben genannten Punkte ein Konsens gefunden werden kann. Der AStA der Universität Lüneburg freut sich auf die bevorstehende Kooperation mit dem Präsidium und allen Statusgruppen der Universität.

beschlossen am 3. Juli 2006

8 : 0 : 2

Debattenbeitrag zum Hypothesenpapier des Präsidiums zur Neuausrichtung der Uni Lüneburg

eingereicht zur Senatssitzung am 5.7.2006
Caspar Heybl, stud. Mitglied im Senat

Kritik der vorliegenden Analyse

Die am 31.5.06 präsentierten Hypothesen gehen von einem Sachzwang aus, der u.a. erfordern würde, dass sich Universitäten auf einem sich konstituierenden Markt als Marke präsentieren müssten, und in einen harten Wettbewerb eintreten würden. Daraus wird eine Notwendigkeit konstruiert, die Uni Lüneburg auf die Erfordernisse dieses Marktes zuzuschneiden, und um unsere Marktpositionierung zu kämpfen, um so den Rückzug der öffentlichen Hand zu kompensieren.

Ich halte diese Analyse der Rahmenbedingungen für falsch. Die hier beschriebenen Phänomene wirken zwar tatsächlich auf die Hochschullandschaft ein, es handelt sich aber nicht um Naturgesetze, sondern einen der Globalisierung ähnlichen Prozess. Ebenso wie bei dieser handelt es sich um eine bewusst eingeleitete und von Interessensgruppen, Politikern, Lobbyisten und Verbänden massiv beeinflusste Entwicklung. An führender Stelle steht hier die Bertelsmann-Stiftung und das von ihr finanzierte "Centrum für Hochschulentwicklung", das in Zusammenarbeit mit anderen Lobbygruppierungen den hochschulpolitischen Diskurs maßgeblich beeinflusst.

Das Ziel dieser politischen und publizistischen Einflussnahme ist die Wandelung des deutschen Bildungssystems in ein von Wettbewerb geprägtes Wirtschaftsfeld. Diese Philosophie wird mir in der Fachliteratur als "Kommodifizierung von Bildung" beschrieben, und ist m.E. nach Teil eines Gesellschaftsverständnisses, das ich hier kurz mit dem Schlagwort "Neoliberalisierung" anreißen möchte.

Kritik- und Reflektionsvermögen der Hochschule

Als Hochschule, die sich zu verantwortungsvollem Handeln für die Gesellschaft bekennen und ihren AbsolventInnen (Selbst)Reflektionsfähigkeit mit auf den Weg geben möchte, können wir uns nicht unreflektiert diesen Vorgaben unterwerfen, sondern müssen, wenn wir mehr als Lippenbekenntnisse abgeben wollen, uns auch mit diesen Rahmenvorgaben kritisch auseinander setzen, und uns als Akteur, nicht als Patient dieser Debatte verstehen.

Denn gleichzeitig wird von den zukünftigen Erfordernissen der Wissensgesellschaft gesprochen, die mehr Bildung für mehr Menschen erfordern würde. Auch hierzu muss die Uni Lüneburg Farbe bekennen! Natürlich ist niemandem geholfen, wenn die Uni überfüllt ist, eine hochwertige Lehre nicht sichergestellt werden kann. Doch als bildungspolitischer Akteur, der sich auch dem Leitbild der Nachhaltigkeit, also auch der Frage nach sozialer Gerechtigkeit, widmet, ist hier die Aussprache des offensichtlichen nötig:

Wenn ein Bedarf nach mehr Bildung besteht, muss die Universität ihrer Verpflichtung gegenüber der sie legitimierenden Gesellschaft nachkommen und auf die notwendige Erweiterung des (höheren) Bildungswesens hinweisen, statt nur die Zugangshürden zu erhöhen und sich nicht um die Zustände ausserhalb des Elfenbeinturmes zu kümmern.

Zur inhaltlichen Ausgestaltung

Inhaltlich vermisste ich ein deutliches Bekenntnis zur weiteren bzw. richtigen Umsetzung des Bologna-Prozesses. Eine Forderung nach Internationalisierung ist heutzutage Gemeingut, das Bekenntnis zu allen Punkten des Bologna-Prozesses, bis hin zur maßgeblichen Einbeziehung von Studierenden oder Maßnahmen zur Förderung der sozialen Dimension von internationaler Mobilität wäre immer noch ein Alleinstellungsmerkmal in der deutschen Hochschullandschaft!

Ebenso muss eine Neuausrichtung der Universität ein explizites Bekenntnis zur Nachhaltigkeit und dem entsprechenden Leitbild der Uni enthalten. Nachhaltigkeit ist hier natürlich im Sinne der ökologischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Gerechtigkeit, sowohl intra- als auch intergenerationell zu verstehen.

Eine Universität, die so explizit Persönlichkeitsbildung, sozusagen eine wissenschaftliche Qualifizierung von „Citoyen“ betreiben will, darf auch den Mut zu einigen normativen Vorgaben haben. Von daher erwarte ich eine inhaltliche Profilierung, die sich nicht scheut, einige Forschungs- und Lehrgebiete explizit festzulegen. Das Fächerangebot der Uni der unsichtbaren, wohlwollenden Hand des Markts zu überlassen, hieße, den gestalterischen Anspruch der Universität ad absurdum zu führen. Natürlich macht es keinen Sinn, Fächer ohne jede Überlegung weiterzuschreiben, doch sollte hier das aktive Bekenntnis zu Fächern, und nicht das Studiengangsrendite-Ranking des Focus.Magazin entscheiden.

Beispielsweise hat Präsident Spoun hierzu am 2. Mai einen sehr interessanten Vortrag vor dem „Club der Lüneburger“ gehalten, in dem er die Themenfelder „Sustainability“, „empirische Bildungsforschung“ und „Entrepreneurship“ als inhaltliche Eckpunkte des Uniprofils vorschlug.

Mehr Demokratie wagen!

Ebenso sollte die Uni sich zu starken demokratischen Gremien bekennen, zu flachen Hierarchien, zu neuen Organisationsmodellen, die alle Statusgruppen gleichberechtigt einbeziehen, zur bewußten Lenkung der Universität durch alle Anspruchsgruppen. Wenn wir schon das Studium und die Hochschulstruktur radikal umwälzen, können wir auch den Spielraum des BVG-Urteiles von 1974 nutzen, und zu innovativen Ideen wie der Viertelparität greifen. Wenn wir die Zivilgesellschaft des 21. Jhr erforschen und mitgestalten wollen, müssen wir als Institution vorbildhaft handeln.

Dies ist keine Frage der Binnengliederung, sondern eine der Führungsphilosophie!

Problem ist nicht Profil-, sondern Mittelarmut

=> So ist das Kernproblem der Universität nicht das fehlende Profil, es ist die mangelhafte und inakzeptable Unterfinanzierung durch das Land Niedersachsen, das hier seinem im Gesellschaftsvertrag ausformuliertem Auftrag **nicht** nachkommt. Wenn es eine Steigerung des Bedarfs nach wissenschaftlicher Bildung gibt, ist die Politik verpflichtet, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, und berechtigt, sich dazu die nötigen Mittel aus der Gesellschaft zu holen.

Wenn die Universität Lüneburg jetzt die Zulassungszahlen moderat senkt, muss im selben Atemzug die Verantwortung des Landes benannt werden, alles andere wäre eine

schweigende Zustimmung zum wissenschaftsfeindlichen Kurs der Regierung Möllring. Und wenn Lüneburg überraschenderweise Extramittel erhält, obwohl die öffentlichen Kassen auch so leer sind, sind wir der Gesellschaft selbstverständlich verpflichtet, auch Fragen von öffentlichen Interesse zu behandeln. Soviel Solidarität, soviel Verantwortungsbewusstsein muss sein.

Stichwort Elitehochschule:

Das vorliegende Konzept spricht nicht von Elite.

Da aber die Neuausrichtung der Universität nicht im luftleeren Raum stattfindet, muss die Frage nach den möglichen Interpretationen und Anschlägen zu verschiedenen externen Positionen gestellt werden.

Und die Hypothesen enthalten Auswahlverfahren, die sich, so mehrfach von VertreterInnen des Präsidiums erwähnt, z.B. an den Verfahren der Uni Harvard orientieren sollen. Und als kritischer Student der Erziehungswissenschaften stolpere ich dann natürlich über die Forschungsarbeit von Prof. Hartmann, Soziologe an der TU Darmstadt, der zum Thema Elite und Soziale Exklusion forscht. Und der kommt zum Schluss, das an allen Spitzenuniversitäten im Rahmen der Auswahlverfahren eine massive! soziale Selektion stattfindet. Dort türmelt sich fast exklusiv das Großbürgertum, das im Rahmen habitusorientierter Auswahlgespräche eine fröhliche Selbstrekrutierung betreibt. Und auch an vielen anderen Hochschulen wird eine Auswahl der besten, motiviertesten BewerberInnen, eine Lösung vom CNW, eine Profilbildung im Wettbewerb gefordert - und dies explizit zur Schaffung von Elitehochschulen. Ob CHE, ob letzter HRK-Präsident Prof. Dr. Gaehtgens oder die TU München, überall sonst soll so eine deutliche Unterscheidung von den Massenausbildungsunis erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund ist es nur zu natürlich, wenn sich gerade in der Studierendenschaft massive Befürchtungen entwickeln, das wir zu dieser feinen Gesellschaft dazugehören wollen, das wir "Macher und Entscheider" ausbilden wollen, für die Solidarität eine Beleidigung, die öffentliche Hand ein Ungeheuer und Engagement eine Frage der Humankapitalrendite ist.

Pluralität als Zündfunk

Herr Keller sprach bereits öfter davon, "Menschen zu gewinnen, die dafür brennen, die Gesellschaft zu verändern". Ich plädiere dafür, Menschen an die Uni zu holen, die wir „entzünden können“, die keine Begabung, sondern Potential haben. Menschen im Rahmen des Studiums zu gesellschaftlichem Engagement zu befähigen, ist im Grunde eine emanzipatorische, aufklärerische Intention, und damit unterstützenswert - natürlich nur bei sozial gerechter Ausgestaltung.

Daher plädiere ich für den Vorschlag der (im AStA entstandenen) Ag Unireform, die für eine Pluralität im Zugangsverfahren eintritt.

Wir wollen ein Nebeneinander mehrerer Bewerbungsmöglichkeiten. Wer sich für ein Fach begeistert, soll sich auf eine Motivationsprüfung bewerben, wer leistungsorientiert ist, möge seine Abiturnote einreichen. Wer auf dem zweiten Bildungsweg zu uns kommt, sollte ebenso wie soziale Härtefälle eine Zugangsmöglichkeit haben. Die Universität ist prämiert für ihre Barrierefreiheit, warum also nicht mit dem Pfund wuchern, und gezielt

studieninteressierte Menschen mit körperlichen Beeinträchtigung umwerben?

Wenn wir international werden wollen, mehr ausländische Studierende auf den Campus holen sollten, ist es bestimmt abschreckend, einen weißen, nur von WASPs bewohnten Campus vorzufinden. Warum also in der Ferne schweifen, wenn Studieninteressierte mit Migrationshintergrund so nahe wohnen?

Wie sollen unsere Studierenden Teamfähigkeiten üben, auf Differenzen im Beruf vorbereitet werden, Ambiguitätstoleranz entwickeln, wenn sie eine homogene soziale Herkunft aufweisen?